A-3 Verurteilung von LSBTTI*-Diskriminierung in Polen

Antragsteller*in: Miriam Matz (KV Saalekreis), Christian Franke-Langmach (KV Altmark),
Bastian George (KV Dessau-Roßlau)

Tagesordnungspunkt: 5. Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Innerhalb eines Jahres wurden in Polen 87 Zonen (Regionen, Landkreise und
2 Gemeinden) deklariert, die sich als frei von LSBTTI* oder frei von LSBTTI*
3 „Ideologie“ bezeichnen. Dadurch werden LSBTTI*-Personen, Lesben, Schwule,
4 Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und intergeschlechtliche Menschen, aktiv
5 diskriminiert, ausgegrenzt und eingeschüchtert. Die polnischen
6 Gebietskörperschaften verstoßen aus unserer Sicht gegen die EU
7 Antidiskriminierungsrichtlinie, aber auch gegen die polnische Verfassung, in der
8 die „unveräußerliche Würde“ jedes Menschen geschützt ist – gedeckt durch die
9 rechtskonservative PiS-Regierung.
- 10 Die Deklarationen sind gespickt mit Formulierungen zur „Widernatürlichkeit“ von
11 LSBTTI*-Menschen und einem vermeintlichen Widerspruch zu christlichen Werten.
12 Flankiert werden diese Beschlüsse durch verbale Attacken polnischer Bischöfe
13 gegen Homo- und Transsexuelle. Die sichere und freie Lebensgestaltung von nicht-
14 heteronormativen Menschen ist in Polen bedroht! Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
15 Sachsen-Anhalt ist das nicht hinnehmbar, dass Menschen in ihren Grundrechten
16 beschnitten werden und sich vor Gewalt fürchten müssen, wie die tätlichen
17 Angriffe auf Pride-Veranstaltungen im vergangenen Jahr zeigen. Wir sind
18 solidarisch mit den betroffenen Menschen und stehen an ihrer Seite!
- 19 Auch in der Woiwodschaft Masowien, Sachsen-Anhalt Partnerregion, haben
20 Landkreise und Gemeinden LSBTTI*-feindliche Resolutionen verabschiedet. Im
21 Austausch mit unseren Partnerregionen, -kreisen und -gemeinden werden wir auf
22 diese Verstöße hinweisen, unsere Ablehnung der Deklarationen verdeutlichen und
23 Kontakt zu betroffenen Einrichtungen und Menschen suchen. Hier sind auch die
24 Kirchen, sowie alle zivilgesellschaftlichen Akteure gefragt, in ihren Kontakten
25 nach Polen diesen Positionen zu widersprechen und zum Schutz der Freiheits- und
26 Minderheitsrechte beizutragen.
- 27 Wir werden die Entwicklungen in den Partnerstädten weiter beobachten und den
28 Dialog zu unseren gemeinsamen europäischen Werten suchen.
- 29 In Kommunen, die Partnerschaften zu polnischen Städten unterhalten, in den
30 solche Deklaration bereits verabschiedet wurden, wollen wir auf einen Brief mit
31 der Aufforderung zur Widerrufung der Deklaration hinwirken. Auch die Aussetzung
32 oder Beendigung der Partnerschaft darf kein Tabu sein. Französische Kommunen
33 haben in dieser Frage gegenüber ihren polnischen Partnern bereits klar Kante
34 gezeigt.